

Joaquín Pérez Gómez¹

Spanien und die OSZE

Spaniens Entwicklung in der internationalen Arena in den letzten 25 Jahren ist eine Folge seiner inneren Stabilität. Ohne diese innere Stabilität wäre eine gute Außenpolitik nicht möglich. Zuvor hatten die Tatsache, dass Spanien an keinem der beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts teilgenommen hatte, und die 40 Jahre währende Diktatur (1936-1975) das Land praktisch in die Isolation geführt: Spanien gehörte keinem der beiden großen Bündnisse - NATO und Warschauer Vertrag - an, der westliche Block verurteilte das Regime und gab Spanien keine Chance, auf der internationalen Bühne mitzuwirken.

In den 40 Jahren der Franco-Diktatur hatte sich die spanische Außenpolitik auf vier Bereiche konzentriert: die Beziehungen zu Lateinamerika, zu den arabischen Staaten und zu Portugal (Iberischer Pakt) sowie die Beziehungen zu den USA, die durch das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das 1953 abgeschlossen und alle zehn Jahre erneuert wurde, vertieft wurden.

In der Übergangsphase zur Wiederherstellung der Demokratie versuchten die neu etablierten spanischen Parteien zu einem Konsens bezüglich der Außenpolitik zu gelangen, was einerseits auf die „Unerfahrenheit“ der Regierung in außenpolitischen Belangen und andererseits auf den Wunsch Spaniens nach Annäherung an den westlichen Block zurückzuführen war. Spanien trat dem westlichen Block erst bei, als dieser bereits einige Jahre bestand (Beitritt zur NATO: 1982, zur EU: 1985). Das ist auch der Grund dafür, dass Spanien bis 1990 - bis zum Fall der Berliner Mauer und zum Beginn der neuen Weltordnung - warten musste, bis es aufgrund seiner geostrategischen Bedeutung und seiner Eigenschaft als privilegierter Gesprächspartner der arabischen Welt eine Hauptrolle übernehmen konnte.

Die Schlussakte von Helsinki (1975)

Spanien erhielt 1969 die Einladung, an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa teilzunehmen. Dies geschah in Form einer Verbalnote der ungarischen Botschaft, die am 13. September an die spanische Botschaft in Paris gesandt wurde. Der damalige spanische Außenminister Gregorio López Bravo bewertete dies positiv mit den Worten: „Obwohl wir

¹ Ich möchte hiermit meiner Mitarbeiterin Marta Salvat meinen Dank für ihre Hilfe während der spanischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2002 aussprechen, ohne die es mir nicht möglich gewesen wäre, meinen Beitrag zum OSZE-Jahrbuch 2002 zu leisten. Sie hat mir gestattet, zahlreiche Materialien ihrer Diplomarbeit über Spanien und die OSZE zu verwenden.

nicht am Krieg teilgenommen haben, laden sie uns zum Aufbau des Friedens ein.“ Spanien war das erste Land, das mit Enthusiasmus auf die Einladung reagierte. Die Teilnahme an der Konferenz bedeutete viel für Spanien, das sich zum Ziel gesetzt hatte, sich aus der Isolation zu befreien, Kontakte auf allen Ebenen herzustellen und Beziehungen zu den kommunistischen Ländern Osteuropas aufzunehmen.

Im zweiten Budapester Memorandum vom 28. September 1970 akzeptierte Spanien die West-Ost-Thematik der Konferenz und definierte seine eigene Position als neutral. Das bedeutete, dass Spanien Vorschläge, die von westlicher Seite kamen, ebenso behandeln würde wie diejenigen, die von östlicher Seite gemacht wurden. Da es keinem der beiden Blöcke angehörte, aber auch aufgrund seiner besonderen Lage, zählte Spanien im Rahmen der Konferenz zu den „Sonstigen“.

Spanien war zu der Konferenz eingeladen worden, weil es als europäisches Land nicht ausgeschlossen werden sollte. Man erwartete allerdings, dass Spanien sich auf die Rolle des Beobachters beschränkte, da es von den behandelten Themen nicht betroffen sei. Spanien hingegen war von Anfang an bestrebt, sowohl sein Image als kleines Land als auch seine Isolierung, die nicht nur darauf zurückzuführen war, dass die Weltkriege und ihre territorialen und humanitären Folgen das von der europäischen Geschichte abgekoppelte Spanien nicht berührt hatten, sondern die auch die Folge seiner eigenen Innenpolitik war, zu überwinden. Aus diesem Grunde wirkte Spanien als zwar neutraler und blockfreier, aber mit anderen Ländern gleichberechtigter Staat äußerst aktiv, ideenreich, offen und gesprächsbereit schon an den Vorbereitungen zur Konferenz mit und griff oftmals zwischen West und Ost vermittelnd ein. Es heißt, der Ausdruck „Körbe“ für die drei klassischen Dimensionen der KSZE gehe auf einen spanischen Diplomaten zurück.

In den Sitzungen zur Vorbereitung der Schlussakte von Helsinki schlug Spanien vor, die Bedeutung der Sicherheit in Europa zwar deutlich hervorzuheben, den Nahost-Konflikt dabei aber nicht aus den Augen zu verlieren. Darüber hinaus machte Spanien Vorschläge zu folgenden Bereichen: zur Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, vor allem der Mittelmeerländer, zur Intensivierung des Kulturaustauschs, zur Betonung der Souveränität der Staaten und zur Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie zur friedlichen Regelung von Streitfällen. In den Text über die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ wurden auf Anregung Spaniens die Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Bildung als jeweils eigene Abschnitte sowie darüber hinaus die Schaffung einer Datenbank für kulturelle Angelegenheiten, Erleichterungen beim Buchhandel, die Unterstützung von Emigranten und die Tourismusförderung aufgenommen; die Einführung des Begriffs „Regionalkulturen“ im Zusammenhang mit nationalen Minderheiten erfolgte ebenfalls auf Anregung Spaniens. Die Interessen Spaniens wurden auch in dem Vorschlag deutlich, die Sicherheit Europas mit dem Mittelmeerraum zu verknüpfen und die nichteuropäischen Mittelmeerländer an der Kon-

ferenz zu beteiligen. Die spanische Delegation wies zwar auch auf den Status quo von Gibraltar hin, war jedoch stets bemüht, eine Konfrontation mit Großbritannien zu vermeiden.

Spanien setzte darüber hinaus durch, dass Spanisch als offizielle Sprache der KSZE anerkannt wurde. Die spanische Delegation hatte zunächst Französisch, Englisch und Russisch als Arbeitssprachen akzeptiert. Da Bonn jedoch verlangte, dass Deutsch ebenfalls Arbeitssprache würde, reklamierte Spanien dasselbe Recht für die spanische Sprache und begründete dies damit, dass Spanisch eine der meistgesprochenen Sprachen der Welt und auch offizielle Sprache der Vereinten Nationen sei, auch wenn es in Europa nicht sehr verbreitet sei. Auf diese Weise wurde Spanisch eine der sechs offiziellen Sprachen der KSZE (die sechste offizielle Sprache ist Italienisch).

Das Belgrader Folgetreffen (1977-1978)

Es darf nicht vergessen werden, dass Spaniens Position auf den Nachfolgetreffen zunächst von seiner innenpolitischen Situation bestimmt wurde und erst später von seiner neuen Rolle innerhalb des internationalen Systems. Trotz allem trat Spanien stets als Mittelmacht auf und versuchte, seine innenpolitischen Probleme nicht in die Außenpolitik hineinzutragen.

Während des Belgrader Treffens, an dem ich teilzunehmen die Ehre hatte, war Spanien mit seinen eigenen Problemen und der Wiederherstellung der Demokratie beschäftigt: der Legalisierung der politischen Parteien, der Ausarbeitung der Verfassung von 1978, die damals vor allem in Bezug auf die individuellen Grund- und Freiheitsrechte eine der modernsten Europas war, sowie mit der Vorbereitung der ersten demokratischen Wahlen, die 1978 erstmals nach 40 Jahren Diktatur stattfanden.

Die Augen der Welt waren auf Spanien gerichtet: die des Westens, um zu sehen, ob die demokratischen Prinzipien auch eingehalten würden, und die der Sowjets, die ein Interesse daran hatten, dass die Kommunistische Partei gesetzlich zugelassen würde und dass Spanien blockfrei blieb. Dies hinderte Spanien jedoch nicht daran, als Vermittler aktiv an der Konferenz teilzunehmen.

Während Helsinki zum Synonym für Entspannung wurde, markierte Belgrad den Beginn einer erneuten Phase der Spannungen zwischen Ost und West, in der jeder Block ein eigenes Interesse an bestimmten Themen hatte und nicht bereit war, die Interessen der anderen Seite zu akzeptieren. Inmitten dieser Konfrontation agierten die blockfreien Staaten als Vermittler (mit Ausnahme Maltas, das, um die Einbeziehung der arabischen Staaten in die sicherheitspolitischen Fragen zu erzwingen, die Konsensregel auszuspielen versuchte und damit eher weitere Spannungen schuf). Spanien nahm gemeinsam mit den anderen teilnehmenden Mittelmeerländern gegenüber der Position Maltas eine ausgleichende Haltung ein und schlug ein Treffen in La Valletta vor, auf

dem die Mittelmeerfrage im Detail behandelt werden sollte, damit das Belgrader Treffen sich ausschließlich auf die Ost-West-Problematik konzentrieren konnte und nicht mit weiteren Problemen belastet wurde. Das Expertentreffen über wirtschaftliche Zusammenarbeit im Mittelmeerraum fand im März 1979 in La Valletta statt und sollte im Rahmen des Kapitels der Schlussakte über den Mittelmeerraum Möglichkeiten und Mittel zur Förderung einer gegenseitig nutzbringenden Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur mit den nicht an der KSZE teilnehmenden Mittelmeerstaaten prüfen. Spanien war bei diesem Treffen sehr aktiv.

Das Madrider Folgetreffen (1980-1983)

Das Madrider Treffen war vor allem deshalb für Spanien wichtig, weil Madrid damit erstmals Gastgeber einer internationalen Veranstaltung dieser Art war. Außerdem bot es die Möglichkeit, über den Begriff Sicherheit zu diskutieren und die spanische Öffentlichkeit für diese Frage zu sensibilisieren, was insofern von Bedeutung war, als in Spanien seinerzeit heftige und kontroverse Diskussionen über den Beitritt Spaniens zur NATO geführt wurden.

Der Helsinki-Prozess durchlebte schwierige Zeiten. Man befürchtete, die Verletzung seiner Prinzipien durch die UdSSR - der Einmarsch der Sowjets in Afghanistan im Jahr 1979, ihr Engagement im angolanischen Bürgerkrieg (durch Kuba) sowie die Verletzung der Menschenrechte im kommunistischen Block - könnten seine Wirksamkeit einschränken.

Die Vorbereitungen zum Madrider Treffen dauerten mit Unterbrechungen und Krisen drei Jahre, und oftmals hatte man den Eindruck, der Helsinki-Prozess näherte sich seinem Ende. Spanien betätigte sich im Rahmen der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten erneut als Vermittler, um dies zu verhindern. Es bestand dabei nicht einmal mehr auf der Behandlung von Mittelmeerthemen und nahm - sogar gegen seine eigenen Interessen - eine sehr moderate Position ein.

Während des Madrider Treffens kam es in Spanien im Februar 1981 zu einem Putschversuch, der die junge spanische Demokratie im Gefahr brachte. Die Krise konnte jedoch überwunden werden; die spanische Demokratie erwies sich als bereits ausreichend konsolidiert. 1982 fanden Wahlen statt, die zum Sieg der sozialistischen Partei (PSOE) und zur Bildung der ersten linken Regierung seit dem Bürgerkrieg führte. Dieses Ergebnis gilt als wichtiges Kapitel in der demokratischen Entwicklung Spaniens.

In seiner Abschlussrede legte der neue spanische Außenminister Fernando Morán die spanische Position dar: Spanien bot seine Hilfe an, um die Entspannung zwischen Ost und West weiter zu fördern. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass - ausgehend von Madrid - eine neue Richtung im Ost-West-Dialog eingeschlagen würde. Im Zusammenhang mit den Menschenrechtsverletzungen im Osten und den Verstößen gegen die Prinzipien der Helsinki-

Schlussakte sah er Schwierigkeiten für den Entspannungsprozess voraus. Spanien setze auf die Arbeit der neutralen und nichtpaktgebundenen Staaten, die stets als Vermittler zwischen Ost und West auftraten, sowie auf Fortschritte im militärischen Bereich. Bezüglich der Menschenrechte betonte der Außenminister in seiner Rede insbesondere die Gefahr des Terrorismus und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Staaten zu dessen Bekämpfung. Er hob die Menschenrechte als ein wesentliches Instrument zur Erlangung kollektiver Sicherheit hervor. In Bezug auf den Mittelmeerraum sollten Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region auf der Grundlage einer umfassenden Kooperation zwischen den Mittelmeerländern weiter gefördert werden. Auf dem Treffen in Madrid wurde das Mandat für die Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE, 1984-1986) verabschiedet. Diese Konferenz war deshalb so wichtig, weil vertrauensbildende Maßnahmen erstmals auf das ganze europäische Territorium bezogen wurden, also vom Atlantik bis zum Ural und von der Nordsee bis zum Mittelmeer. Darüber hinaus wurden zwei Expertentreffen über die Förderung der Menschenrechte beschlossen: das erste in Ottawa 1985 zu Fragen der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und das zweite in Bern 1986 über menschliche Kontakte. Spanien schlug ein Seminar über Kooperation im Mittelmeerraum vor, das 1984 in Venedig stattfand.

Das Wiener Folgetreffen (1986-1989)

Auf diesem Folgetreffen genoss Spanien einen neuen Status im internationalen System. Bis dahin hatte es stets eine aktive und unabhängige Rolle gespielt. Der Beitritt Spaniens zur NATO und zur EU ermöglichte nun einerseits die engere politische Kooperation mit Europa und eine Anpassung an die Prinzipien beider Organisationen. Andererseits waren Spaniens Möglichkeiten zur Eigeninitiative und seine Bewegungsfreiheit nunmehr stärker eingeschränkt. Gleichzeitig hatten sich jedoch zwei neue Wege zur Vertretung spanischer Interessen eröffnet.

Das Wiener Folgetreffen markierte aufgrund der veränderten Haltung der Sowjetunion dank der Politik Michail Gorbatschows eine neue Phase der Entspannung in den Ost-West-Beziehungen.

Spanien verfolgte während des gesamten Treffens eine moderate Politik. Seine Ziele waren die Ächtung des Terrorismus und die internationale Kooperation zu dessen Bekämpfung sowie die Beibehaltung der Rolle des privilegierten Gesprächspartners in den Beziehungen zu den arabischen Staaten. Spanien schlug ein Treffen über Fragen der Kooperation im Mittelmeerraum in Palma de Mallorca vor, das sich explizit nicht mit militärischen Fragen befassen, sondern sich auf folgende Themen konzentrieren sollte: Schutz der mediterranen Ökosysteme, neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenar-

beit mit den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten sowie Pressefreiheit und bessere Arbeitsbedingungen für Journalisten.

Palma de Mallorca (1990)

Mit dem Treffen über den Mittelmeerraum in Palma de Mallorca im Oktober 1990 beabsichtigte Spanien die Kooperation mit Algerien, Ägypten, Marokko und Tunesien durch einen Meinungs- und Informationsaustausch weiter zu fördern, wobei Spanien die Menschenrechte besonders betonte und den politischen Dialog in diesem Zusammenhang unterstützen wollte.

Auf dem Treffen auf Mallorca kam ein ehrgeiziges spanisch-italienisches Projekt zustande: die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum (KSZM), die darauf abzielte, die Konzepte der KSZE auf den gesamten Mittelmeerraum anzuwenden. Der Vorschlag war Ausdruck des Willens Spaniens, neue Formen der Kooperation mit den nichteuropäischen Mittelmeerländern, mit denen Spanien sich in vollem Umfang solidarisierte, zu finden.

Die Charta von Paris (1990)

Die Charta von Paris vom November 1990 symbolisierte das Ende des Kalten Krieges und der ideologischen Konfrontation. Sie enthält einen Verhaltenskodex für alle Staaten, der die Prinzipien Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte in den Mittelpunkt stellt.

Mit der Auflösung des Warschauer Pakts, dem Zerfall der UdSSR, dem Fall der Berliner Mauer und dem Golfkrieg gewann der Mittelmeerraum an Bedeutung. Die Untrennbarkeit der europäischen Sicherheit von derjenigen des Mittelmeerraums, dessen strategische Bedeutung und die dort herrschende Instabilität als direkte Bedrohung der europäischen Sicherheit traten stärker in den Vordergrund. Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes trat die Nord-Süd-Problematik zutage - und mit ihr wirtschaftliche Stabilität und kulturelle Kooperation als Aspekte der Sicherheit und als wesentliche Instrumente zur Gewährleistung von Sicherheit.

Die Parlamentarische Versammlung in Madrid (1991)

Auf Einladung des spanischen Parlaments fand 1991 in Madrid die Gründungstagung der Parlamentarischen Versammlung der KSZE statt, zu der Abgeordnete aus allen Teilnehmerstaaten zusammenkamen, um den interparlamentarischen Dialog und die Demokratie im gesamten KSZE-Gebiet zu fördern. Das Ergebnis war das Dokument von Madrid, das die Geschäftsord-

nung, die Arbeitsmethoden, die Aufgaben, die Sitzverteilung und die Abstimmungsmodalitäten der Parlamentarischen Versammlung, die künftig einmal im Jahr tagen sollte, festlegte.

Das Gipfeltreffen von Helsinki (1992)

Das Gipfeltreffen von Helsinki war durch das Auftreten lokaler innerstaatlicher Konflikte in Europa geprägt, die durch extremen Nationalismus entstanden waren. Für das Völkerrecht stellten sie die neue Herausforderung dar, ein Gleichgewicht zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der territorialen Integrität von Staaten herzustellen, um ethnische Konflikte, die zu Kriegen eskalieren könnten, zu verhüten. Die europäische Landkarte veränderte sich mit der Entstehung von 18 neuen unabhängigen Staaten grundlegend. Die Kriege in Jugoslawien waren eindringliche Beispiele dafür, dass extremer Nationalismus mit den Grundrechten nicht in Einklang zu bringen ist. Aufgrund dieser Konflikte erkannten alle internationalen Organisationen die Notwendigkeit verstärkter Kooperation.

In ihrem Redebeitrag betonte die spanische Delegation das Bedürfnis nach engerer Kooperation der KSZE mit anderen internationalen Organisationen, um so gemeinsame Ziele besser umsetzen zu können. Dabei wurden vor allem Sicherheits- und Menschenrechtsfragen als die tragenden Säulen der gemeinsamen Interessen hervorgehoben. Spanien war es ein besonderes Anliegen, dem Mittelmeerraum spezifische Beachtung zu schenken. Dieser Raum als südliche Grenze sei insofern wichtig, als diese Region nur durch engere Kooperation und Solidarität mit den Nachbarländern stabilisiert werden könne.

Das Gipfeltreffen von Budapest (1994)

Beim Budapester Gipfeltreffen hob der damalige spanische Ministerpräsident Felipe González die gemeinsamen Werte als die wichtigste Leitlinie für die Beziehungen zwischen Staaten hervor. Als gemeinsame Werte bezeichnete er dabei in erster Linie Demokratie und die Achtung der Menschenrechte sowie den Schutz und die Rechte von Minderheiten. Die OSZE sollte in ein System kooperativer Sicherheit umgewandelt werden. Dies sollte durch die enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und durch die Anwendung eines alle Bereiche umfassenden Sicherheitsbegriffs erreicht werden. Krisenbewältigung und Konfliktverhütung seien hier von besonderer Bedeutung.

In Bezug auf den Mittelmeerraum betonte González die Notwendigkeit, den Dialog, die Kooperation und die Entwicklungszusammenarbeit mit den Mittelmeerländern zu verstärken. Dies sei ein wesentliches Element für die Si-

cherheit und für ein gutes Verhältnis zwischen den Staaten. Als positives Beispiel nannte er dabei die Europa-Mittelmeer-Konferenz, an der die Mitgliedstaaten der EU und die Mittelmeerländer teilnahmen und die 1995 in Barcelona stattfand. Spanien verpflichtete sich dabei, Aktivitäten extremistischer islamischer Gruppen in Europa zu beobachten und gegen sie vorzugehen.

Die Spanische EU-Präsidentschaft (1995)

Während der spanischen EU-Präsidentschaft im Jahre 1995 fand am 7. und 8. Dezember ein OSZE-Ministerratstreffen in Budapest statt. Dabei spielte Spanien eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der EU-Positionen. Die spanische Präsidentschaft begrüßte die Dayton-Übereinkünfte und die Beteiligung der OSZE am Friedenprozess in Bosnien und Herzegowina. Die OSZE verpflichtete sich, zur Achtung der Menschenrechte und zum Aufbau demokratischer Gesellschaften beizutragen, auch und insbesondere in den Bereichen Meinungsfreiheit, vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle. Die neuen Staaten Ex-Jugoslawiens wurden anerkannt, und in Kroatien wurde eine Langzeitmission eingerichtet.

Das Gipfeltreffen von Lissabon (1996)

Nach den Parlamentswahlen in Spanien im März 1996 wurde eine konservative Regierung unter Ministerpräsident José María Aznar gebildet, die jedoch die bis dahin verfolgte Linie in der Außenpolitik beibehielt. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um die Übernahme von Verantwortung auf der Grundlage gemeinsamer Prinzipien und Werte mit dem Ziel, einen gemeinsamen Raum militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit zu schaffen.

In seiner Rede auf dem Gipfeltreffen von Lissabon betonte Aznar, dass die OSZE ein wesentliches Instrument zur Konfliktlösung sei, und zwar vor allem durch ihre Mechanismen des Krisenmanagements, der Konfliktverhütung und der Friedenssicherung.

Das Treffen ächtete erneut den Terrorismus und legte einen Schwerpunkt auf den Wiederaufbau Bosnien und Herzegowinas und den Demokratieaufbau durch Wahlen. Spanien nahm und nimmt noch immer mit militärischer Präsenz aktiv am Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina teil.

Das Ministerratstreffen von Kopenhagen (1997)

Auf dem Ministerratstreffen, das am 18. und 19. Dezember 1997 in Kopenhagen stattfand, wurde die Bedeutung der OSZE beim Aufbau eines demokratischen und sicheren Europas hervorgehoben und dabei vor allem die Rolle der Missionen vor Ort betont. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte zuvor bereits auf die gute Arbeit Spaniens in Albanien hingewiesen. Die Wahlen in Bosnien und Herzegowina wurden als wichtiger Schritt zum Wiederaufbau des Landes gewürdigt.

Die Minister lobten die Beiträge der Parlamentarischen Versammlung der OSZE während der Wahlen in Bosnien und Herzegowina und hoben insbesondere die Rolle des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, des spanischen Abgeordneten Javier Rupérez, hervor.

Der Kontakt zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum wurde durch die Kontaktgruppe „5+5“ aufrechterhalten. Spanien erachtete die Einbeziehung der Mittelmeerpartner in die OSZE-Institutionen als besonders wichtig. Ferner war es Spanien ein wichtiges Anliegen, die Prinzipien der OSZE in die zukünftige europäische Sicherheitscharta mit einfließen zu lassen. Die OSZE sollte sich als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen und als Instrument der Konfliktverhütung besonders engagieren.

Das Ministerratstreffen von Oslo (1998)

Auf dem Ministerratstreffen von Oslo wurden wichtige Beschlüsse zum Krisenmanagement in Kroatien gefasst. Außerdem wurden Maßnahmen zum Aufbau einer demokratischen und multi-ethnischen Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina vereinbart. Spanien ist an allen erwähnten Missionen beteiligt.

Das Gipfeltreffen von Istanbul (1999)

Der spanische Ministerpräsident verurteilte in seiner Rede erneut den Terrorismus. Er unterstrich die territoriale Integrität Russlands und erklärte Spaniens Bereitschaft, zu einer Lösung des Tschetschenienproblems beizutragen. Er hob die Achtung der Menschenrechte und die Demokratie als Grundprinzipien des Rechtsstaates hervor. Ziel sei die Schaffung offener und demokratischer Gesellschaften, in denen die Menschenrechte unabhängig von Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit und Religion geachtet werden.

Im Kosovo sei es die Aufgabe der OSZE, multiethnische und demokratische Institutionen zu errichten. Als wesentliche Instrumente für die Sicherheit in Europa wurden die Plattform für kooperative Sicherheit und der KSE-Vertrag

besonders hervorgehoben. Spanien betonte erneut die Untrennbarkeit der europäischen Sicherheit von der des Mittelmeerraumes.

Das Ministerratstreffen von Wien (2000)

Der spanische Außenminister Josep Piqué nahm an diesem Ministerratstreffen teil. Spanien zeigte sich dabei besonders aktiv und trug maßgeblich zur Einrichtung des REACT-Mechanismus bei. Die spanische Delegation begrüßte die Verabschiedung des Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen als einen wichtigen Schritt, mit dem vermieden werden könne, dass Terroristen von diesen Waffen Gebrauch machen.

Das Ministerratstreffen von Bukarest (2001)

Auch am Ministerratstreffen von Bukarest nahm Außenminister Piqué teil. Angesichts der Tragödie des 11. September bekräftigten die Teilnehmerstaaten ihre Bereitschaft, den Terrorismus mit allen notwendigen Mitteln zu bekämpfen. Terrorismus wurde in all seinen Erscheinungsformen auf das Entschiedenste verurteilt, da er die Sicherheit, die Stabilität und die Menschenrechte massiv bedroht. Es wurde ein Aktionsplan zur Bekämpfung des Terrorismus verabschiedet. Einige Wochen später wurde unter portugiesischem OSZE-Vorsitz ein Fahrplan zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus erstellt.

In Bukarest betonte die spanische Delegation erneut die Wichtigkeit der Konfliktverhütungsmechanismen und die Notwendigkeit, mit anderen Institutionen im Geiste der Plattform für kooperative Sicherheit zusammenzuarbeiten. Da hierfür eine angemessene finanzielle Ausstattung der OSZE entscheidend ist, erhöhte Spanien seinen Beitrag um fünf Prozent. Diese Erhöhung ist als Zeichen des Interesses und der Wertschätzung Spaniens gegenüber der OSZE anzusehen.

Spanien und die OSZE im Jahre 2002

Während der spanischen EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2002 hat Spanien erstmals ein Treffen zwischen der EU-Troika, dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem OSZE-Generalsekretär in Brüssel organisiert. Diese Initiative zeigt nicht nur den guten Willen Spaniens zur Übernahme von Verantwortung als Mitgliedstaat der EU und der NATO, sondern auch, dass Spanien die OSZE als Grundstein der neuen Sicherheitsarchitektur betrachtet. Spanien schätzt insbesondere die Bemühungen der OSZE in Be-

zug auf Kleinwaffen und leichte Waffen sowie hinsichtlich des Inkrafttretens des Vertrags über den Offenen Himmel.

Spanien trägt regelmäßig zu den Arbeiten des Prager Wirtschaftsforums bei und übernahm die Rolle des Gastgebers für ein Vorbereitungsseminar, das im letzten Februar in Zamora stattfand.